

O-TON

«Road Pricing ist eine neue Steuer, welche die individuelle Freiheit tangiert.»

Sylvain Astier, FDP, Moutier.

«Die FDP vergisst, dass Road Pricing ein Instrument der freien Marktwirtschaft ist.»

Rudolf Käser, SP, Meienried.

«Ist es diskriminierend, wenn in Grindelwald über Ostern ein Hotel mehr kostet als sonst? Das ist der Markt.»

Barbara Egger (SP), Bau-, Verkehrs-, Energiedirektorin.

«London ist eine Schuhnummer grösser als Bern.»

Hans-Rudolf Markwalder, FDP, Burgdorf.

«Das Strassennetz ist Milliarden wert, steht aber jedem gratis zur Verfügung. Das erinnert mich an die alte Sowjetunion.»

Andreas Hofmann, SP, Bern.

AGGLOMERATIONSVERKEHR

Rat will keinen Strassenzoll

37 22.04.2004

Der Regierungsrat wollte beim Bund vorstellig werden, um in den Schweizer Agglomerationen eine Strassenabgabe zu ermöglichen. Doch der Grosse Rat sagt vorderhand Nein zu «Road Pricing».

◆ **Otto Hostettler**

Die Überraschung war perfekt, als sich die Berner Regierung vor Monatsfrist bereit erklärte, beim Bund zum Thema «Road Pricing» vorstellig zu werden. Der Regierungsrat unterstützte den Berner SP-Grossrat Andreas Hofmann, der mit einer Standesinitiative auf Bundesebene die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen für eine Strassenabgabe in den Agglomerationen forderte. Im Grossen Rat hatte die Mehrheit weder für Hofmann noch für Verkehrsdirektorin Barbara Egger Gehör: Mit 91 gegen 70 Stimmen lehnte der Grosse Rat die Standesinitiative ab.

FDP-Sprecher Hans-Rudolf Markwalder (Burgdorf) kritisier-

te die Strassenabgabe als «Einschränkung», doch die Freisinnigen würden an die Eigenverantwortung appellieren. Ausserdem seien 62 Prozent des motorisierten Individualverkehrs auf Freizeitfahrten. Markwalder betonte aber gleichzeitig, dass er vom Bund erwarte, dass dieser die Verkehrsproblematik der Agglomerationen von sich aus angehe. SVP-Sprecher Fritz Reber (Schangnau) meinte nur: «Das tönt nach mehr Steuern, und das wollen wir nicht.»

Die Ratslinke argumentierte immer wieder mit verschiedenen Städten im Ausland, welche mit der Strassenabgabe den Agglomerationsverkehr massiv entlasten konnten. Mirjam Bütler (SP, Bern) etwa bezeichnete «Road Pricing» als «gerechtes, effizientes und ausgereiftes System». Denn jene, die die Strassen viel benutzen, würden auch entsprechend mehr bezahlen. Andreas Hofmann, Urheber der Forderung nach einem bernischen Vorstoss auf Bundesebene, betonte: Es gehe darum, den Verkehr zu steuern, nicht um eine neue Steuer zu erheben. Er versicherte auch, dass die Stauabga-

be «staatskostenneutral» sein soll. Seiner Ansicht nach müsste im Gegenzug die Strassenverkehrssteuer abgebaut werden.

Stark engagiert hat sich in der Diskussion auch Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin Barbara Egger (SP). Der Verkehr in den Agglomerationen drohe zu kollabieren. Egger: «Neue Strassen brauchen Raum und Geld, beides ist knapp und wird

in Zukunft noch knapper.» Doch die heutige Infrastruktur, ist Egger überzeugt, könnte besser genutzt werden. «Road Pricing» bezeichnete die Verkehrsdirektorin als «Instrument zur Finanzierung der Strasseninfrastruktur.»

Egger argumentierte aber auch mit den Erfahrungen der britischen Hauptstadt. In London muss seit einem Jahr eine Gebühr bezahlen, wer mit seinem Auto ins Stadtzentrum fahren will. Mit diesem System soll vor allem der Stau reduziert werden. Mit Erfolg, wie Egger betonte: Der Strassenverkehr habe um 15 Prozent abgenommen, die Pendler verbringen dadurch 40 Prozent weniger Zeit im Stau, und der öffentliche Verkehr verzeichnete rund 800 000 neue Benutzer. Eingerichtet wurden 12 neue Buslinien.

Doch auch wenn der Grosse Rat gestern nicht über die Einführung einer Strassenabgabe entscheiden musste, sondern nur darüber, ob der Kanton Bern beim Bund vorstellig werden sollte. Eine Mehrheit zeigte sich skeptisch und lehnte das Begehren ab. ◆



Kämpfte vergeblich: BILD ABL
Andreas Hofmann von der SP.